

## **PB.Z-01** Kapitel 5: Zusammen leben

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.03.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-Z Kapitel 5: Zusammen leben

1 Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, auf  
2 Fußballplätzen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen oder am Sorgentelefon, Junge  
3 für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige  
4 Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in Kommunalparlamenten  
5 Verantwortung übernehmen, sich Bürger\*innen in Foren einbringen und das Schicksal ihrer Orte  
6 in die Hand nehmen.

7 Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und Europa  
8 ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche  
9 Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Es ist oft anstrengend, teils  
10 eine Zumutung, wenn andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden  
11 müssen, wenn es den einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem  
12 ist es eine Stärke: zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als  
13 demokratische Gesellschaft die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt  
14 es mit voller Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken,  
15 in Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere Institutionen  
16 fit zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.

17 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde  
18 und gleiche Rechte vor der Klammer stehen, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in  
19 unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen  
20 können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und  
21 wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht. Wenn  
22 mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und  
23 bezahlt wird, ist die Demokratie nicht vollkommen. Viele Menschen erleben noch immer  
24 Ausgrenzung und Diskriminierung. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe und mehr  
25 Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen aus Ostdeutschland oder mit Migrationsgeschichte.  
26 Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.

27 Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft lernen,  
28 Vielfalt als Reichtum zu begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze,  
29 Ausgrenzung, Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus  
30 diskriminierenden Worten Taten werden. Die Angriffe von Extremist\*innen, insbesondere von  
31 rechts, treffen unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim  
32 Beten, beim ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Unsere  
33 Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten  
34 Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger\*innennahen Polizei und handlungsfähigen,  
35 starken Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

36 Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen Bürger\*innen  
37 und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung schneller. Wenn  
38 Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn

39 Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger. Wir  
40 wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.

41 Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer  
42 starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und  
43 die von ihren Bürger\*innen aktiv mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere Demokratie  
44 konsequent europäisch, wollen diese vertiefen, lähmende Blockaden strukturell überwinden –  
45 und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der  
46 Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik.

47 Gleichzeitig gilt es unseren demokratischen Staat auf die Höhe der Zeit zu bringen. Alte  
48 Faxgeräte, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie nerven und verhindern, dass es  
49 vorangeht. Unser Ziel ist ein gut funktionierender Staat, pragmatisch und den Menschen  
50 zugewandt. Ein Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung in der Lage ist,  
51 Krisen zu bewältigen, und das Land voranbringt, der es Menschen leicht macht, ihren Alltag  
52 zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Und wir wollen mit Anstand und  
53 Transparenz regieren, bauend auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für Zusammenhalt in  
54 Vielfalt, in einem bürger\*innennahen Staat.

### 55 **Wir machen den Staat effektiver und bürger\*innennäher**

#### 56 **Planungs- und Investitionsbeschleunigung**

57 Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die  
58 Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut, Schulen,  
59 Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit dauert  
60 es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab.  
61 Das wollen wir ändern. Wir verschlanken die Verfahren durch Bündelung und schaffen  
62 öffentliche Planungskapazitäten. Wir stärken auf allen Ebenen die Planungsbehörden und  
63 zuständigen Gerichte. Besonders wichtige Projekte sollten durch eine Einbeziehung des  
64 Parlaments beschleunigt werden. Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger\*innen vor Ort  
65 führt in der Regel dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden können.  
66 Ziel ist, alle Planungszeiten zu halbieren.

#### 67 **Digitale Ämter – serviceorientiert, schnell und zuvorkommend**

68 Jeden Tag tun gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das Land am Laufen  
69 zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden unkomfortabel  
70 und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und überkommene  
71 Abläufe. Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen  
72 Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung  
73 modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen.  
74 Verwaltungsverfahren sollen stets digital gedacht und gestaltet werden, vor allem auch in  
75 der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Türen des  
76 Staates auch für den persönlichen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern geöffnet bleiben  
77 und durch mobile Angebote ergänzt werden. Die Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen  
78 soll über einen zentralen Zugang erfolgen. Der Austausch von Unterlagen unter den Behörden  
79 muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein. Damit die  
80 Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst digitalisiert werden. Wir setzen uns  
81 gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass die Verwaltung flächendeckend mit der modernsten  
82 Technik ausgestattet wird, vom Gesundheits- bis zum Bürgeramt. Digitalisierung wird das  
83 Verhältnis von Staat und Bürger\*innen auf eine neue Basis stellen und auch zum Motor für  
84 einen modernen Sozialstaat werden. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte  
85 Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

#### 86 **Der Personalausweis auf dem Smartphone**

87 Sichere und geschützte digitale Identitäten sind (häufig) das fehlende Puzzlestück für

88 moderne staatliche Dienstleistungen und die vertrauensvolle Nutzung privater Dienste. Wir  
89 wollen auch bei digitalen Verwaltungsleistungen vorankommen und den Sprung zu sicheren  
90 mobilen digitalen Identitäten per Smartphone (Wallet-Lösungen) ermöglichen – wie es zum  
91 Beispiel in skandinavischen Ländern schon Praxis ist. Mit dem mobilen Personalausweis auf  
92 dem Smartphone sollen Bürger\*innen beispielsweise Behördengänge oder die Steuererklärungen  
93 abwickeln können. Mit einer staatlich abgesicherten ID-Wallet, die den höchsten Datenschutz-  
94 und IT-Sicherheitsstandards entspricht, sollen Bürger\*innen ihren Personalausweis, ihren  
95 Führerschein oder ihre Krankenkassenkarte, aber auch Zahlungsdaten und Mitgliedschaften  
96 sicher auf dem Smartphone verwahren können und nicht auf private Anbieter angewiesen sein  
97 müssen. Diese digitalen Identitäten können dann auch für die sichere Nutzung von privaten  
98 Diensten wie Online-Versandhandel genutzt werden. Dafür schaffen wir die gesetzliche  
99 Grundlage, fördern die öffentliche Entwicklung und Zertifizierung. Europa und Deutschland  
100 müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch  
101 Souveränität schaffen.

### 102 **Transparenz-Gesetz für Open Data**

103 Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische  
104 Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue  
105 technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus staatlichen  
106 Beständen wichtig. Wir heben den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten nicht  
107 personenbeziehbaren Daten und wollen diesen zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung  
108 stellen. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem zentralen und  
109 nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Auch offene Software, offene  
110 Standards und offene Schnittstellen fördern wir, indem wir sie als Standard in die Vergabe-  
111 und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

### 112 **Bessere Daten für die Forschung – bessere Entscheidungsgrundlagen für 113 die Politik**

114 Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei Forschungsdaten weit  
115 hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi in Echtzeit  
116 vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei uns  
117 hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten der  
118 Forschung und den politischen Entscheidungsträger\*innen zur Verfügung stellen. Dafür richten  
119 wir ein Forschungsdatenzentrum beim Statistischen Bundesamt ein, mit einem gesetzlichen  
120 Forschungsauftrag und einem eigenen Forschungsinstitut. Wir werden auch Unsicherheiten bei  
121 der Datenverknüpfung beseitigen und ein Datentreuhandzentrum einrichten, das, unter  
122 Datenschutzaufgaben, Daten aus unterschiedlichen öffentlichen Statistiken verknüpfen darf.

### 123 **Klimaneutrale Bundesverwaltung**

124 Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung endlich  
125 beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl die  
126 Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die Gebäude des Bundes,  
127 die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend energetisch  
128 modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus werden  
129 die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Zudem sorgen wir dafür, dass der Bund seine  
130 Beschaffung sofort an ökologischen und sozialen Kriterien orientiert. So geht die Politik  
131 mit gutem Beispiel voran.

### 132 **Der lernende Staat**

133 Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welcher großen Herausforderungen Regierung  
134 und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in die Lage  
135 versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an ihre  
136 jeweiligen Aufgaben anzupassen. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit  
137 sowie innovative und flexible Arbeitsstrukturen. Innovationseinheiten in den Behörden sollen

138 eng und transparent mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zusammenarbeiten, sich  
139 untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen und eine positive Fehlerkultur etablieren.  
140 Mitarbeiter\*innen und Beamt\*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer  
141 Expertise und Kreativität gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns zudem für mehr  
142 Kooperation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

### 143 **Justiz entlasten und digitalisieren**

144 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen.  
145 Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal, durch die  
146 Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und durch eine flächendeckende Ausstattung der  
147 Justiz mit der nötigen Technik. Die Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf  
148 werden wir durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des  
149 Ende 2021 auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen.  
150 Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es einheitliche  
151 Programme und zureichende Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die  
152 elektronische Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Justiz. Dazu gehört der leichte Zugang  
153 zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen.

### 154 **Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren**

155 Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und  
156 Behörden arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres  
157 Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst gespart  
158 und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den großen  
159 Herausforderungen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter\*innen unseres Gemeinwesens in  
160 die Lage dazu versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder stärken und  
161 ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute Bezahlung,  
162 flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst fit für das 21.  
163 Jahrhundert. Dazu starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die öffentliche  
164 Verwaltung und werden die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden Verwaltungsausbildung  
165 machen.

### 166 **Vielfalt in der Verwaltung**

167 Die Vielfalt Deutschlands sollte sich auch in seiner Verwaltung widerspiegeln, denn das  
168 trägt zu Vertrauen und Bürger\*innennähe bei. Eine diverse Verwaltung entsteht aber nicht von  
169 selbst, sondern benötigt Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des  
170 öffentlichen Dienstes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die  
171 Möglichkeit, als gutes Beispiel in Sachen Vielfalt voranzugehen, so beispielsweise  
172 Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und  
173 Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die  
174 gesellschaftliche Vielfalt zu beachten und in den Unternehmensleitbildern das Ziel der  
175 Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminierter Gruppen zu verankern. Ganz besonders  
176 gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders relevanten Einheiten wie die  
177 Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit wie möglich geschlechtergerecht  
178 und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des  
179 Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund einführen. Das „Diversity-Budgeting“, also  
180 den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt besonders fördernden  
181 Weise, wollen wir voranbringen.

### 182 **Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung und gleiche 183 Rechte**

#### 184 **Einheit in Vielfalt**

185 Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in Vielfalt  
186 setzt voraus, respektiert und gehört zu werden, gleichberechtigt mitgestalten und teilhaben  
187 zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleiche zu begegnen, das Gemeinsame neben

188 den Unterschieden zu sehen. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von  
189 Diskriminierung betroffen sind, gehört werden, sie als Gleiche die Möglichkeit zur vollen  
190 Teilhabe erhalten, wollen wir einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als  
191 ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter\*innen aus der  
192 (post)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung. Um den gesellschaftlichen  
193 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir die verschiedenen gesellschaftlichen Themen, die die  
194 Teilhabe an der offenen und vielfältigen Einwanderungsgesellschaft betreffen, bei einem  
195 Ministerium bündeln und diese Themen aus dem Innenministerium herauslösen. Für mehr  
196 Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das  
197 Bundesgremiengesetz reformieren. Alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben,  
198 sollen ein kommunales Wahlrecht erhalten.

### 199 **Konsequent gegen Rassismus**

200 Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft  
201 nicht alle von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Rassismus und alle  
202 Formen von Diskriminierungen stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen  
203 Menschen dar, sondern bedrohen auch das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben. Wir  
204 wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen und strukturellem Rassismus  
205 mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern, ergänzend zur  
206 überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“ sowie der expliziten Benennung von  
207 Diskriminierung aufgrund sexueller Identität. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes  
208 (ADS) muss unabhängiger und wirkmächtiger werden – mit mehr Personal, Budget und  
209 Kompetenzen. Zudem wollen wir eine\*n weisungsunabhängige\*n und finanziell gut  
210 ausgestattete\*n Antirassismusbeauftragte\*n einsetzen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz  
211 soll zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickelt werden. Das Netz  
212 zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll flächendeckend ausgebaut und in den  
213 Institutionen sollen Anlaufstellen geschaffen werden. Wir werden die Forschung zu  
214 Diskriminierung und Rassismus ausbauen, insbesondere Antidiskriminierungs- und  
215 Gleichstellungsdaten erheben und unabhängige wissenschaftliche Studien in Bezug auf  
216 staatliche Institutionen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und  
217 Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern.

### 218 **Unterstützung und Sicherheit für Juden und Jüdinnen in Deutschland**

219 Jüdisches Leben in seiner Vielfalt und seiner Selbstentfaltung in Deutschland werden wir  
220 konsequent fördern und sichtbar machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die  
221 jüdisches religiöses Leben, Kultur und Bildung stärken. Wir wollen politische und kulturelle  
222 Bildungsangebote für alle Bürger\*innen zugänglich machen, um Wissen über das jüdische Leben  
223 sowie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen Menschen und Einrichtungen zu vermitteln, auch  
224 über schulische und universitäre Curricula. Dafür müssen sich jüdische Menschen in  
225 Deutschland sicher fühlen können. Sicherheit von Jüdinnen und Juden und den Schutz jüdischer  
226 Einrichtungen und Gemeinden müssen wir umfassend gewährleisten. Antisemitische Anschläge in  
227 der Gegenwart, allen voran der von Halle, erinnern uns daran, wie stark der Antisemitismus  
228 noch immer in Deutschland verbreitet ist. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung,  
229 Antisemitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Dafür  
230 braucht es bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene Ahndung und Dokumentation  
231 antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative und verschwörungsideologische Erzählungen  
232 – auch im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen – müssen entlarvt werden.  
233 Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen, allen voran der  
234 Mitarbeiter\*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen  
235 wir gezielt ausbauen. Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in den  
236 Lehrplänen verankert werden.

### 237 **Muslim\*innen schützen und stärken**

238 Der Islam gehört zu Deutschland, jedoch sind Muslim\*innen überproportional von struktureller  
 239 Diskriminierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sowie von gewalttätigen Übergriffen  
 240 betroffen. Der Anschlag von Hanau, die fortdauernden Bedrohungen muslimischer Einrichtungen  
 241 zeigen, wie dringend nötig umfassende Schutzkonzepte sowie Präventionsprogramme sind. Opfer  
 242 müssen geschützt, beraten und gestärkt, die Ursachen der Muslim\*innenfeindlichkeit verstärkt  
 243 in den Blick genommen werden. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche Gleichstellung  
 244 voraus. Im Bereich der religiösen Pluralität stellt das deutsche Religionsverfassungsrecht  
 245 eine gute Grundlage dar, um die Vielfalt auch in einer modernen Einwanderungsgesellschaft zu  
 246 gewährleisten. Der Staat darf keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt  
 247 bevorzugen. Wir unterstützen Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in  
 248 keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und  
 249 deren oder dessen jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen.  
 250 Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim\*innen ist eine Imam-  
 251 Ausbildung in Deutschland dringend notwendig. Dafür wollen wir islamisch-theologische und  
 252 praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme für Imame und islamische  
 253 Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für islamische Theologie bundesweit  
 254 etablieren und unterstützen.

### 255 **Antiziganismus entschlossen bekämpfen**

256 Immer noch leiden Menschen mit Romani-Hintergrund in Deutschland an einem tiefsitzenden  
 257 Antiziganismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer noch werden Angehörige  
 258 der größten Minderheit in der Europäischen Union beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen  
 259 und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-Roma-Rahmenstrategie (Post-2020)  
 260 umsetzen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen  
 261 ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring der  
 262 deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und  
 263 Selbstorganisationen übernimmt. Der Erhalt von Sprache und Kulturen von Sinti\*innen und  
 264 Rom\*innen muss aktiv gefördert sowie eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Monitoring- und  
 265 Informationsstelle zur Dokumentation und Aufarbeitung antiziganistischer Vorfälle und zur  
 266 Unterstützung der Betroffenen eingerichtet werden.

### 267 **Ein Barrierefreiheits-Gesetz**

268 Wir treten für eine inklusive Gesellschaft ein. Für behinderte und ältere Menschen, Eltern  
 269 mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein sind jedoch Stufen, zu enge Türen oder schwer  
 270 lesbare Webseiten oft im Weg, es ist mühsam, manchmal unmöglich, Angebote zu nutzen, die für  
 271 andere selbstverständlich sind. Wir wollen Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen mit  
 272 Behinderungen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt, gemeinsam  
 273 mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können. Das wollen wir mit einem  
 274 „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen. Durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll mehr  
 275 barrierefreier Wohnraum entstehen. Den Abbau von Barrieren in Städten und Dörfern werden wir  
 276 im Rahmen der Städtebauförderung unterstützen.

### 277 **Verhältnis Kirche und Staat reformieren**

278 Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Sie  
 279 sind zuverlässige Partner, wenn es um gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Die Betreuung  
 280 von Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Kindern wäre ohne die Vielfalt auch  
 281 der kirchlichen Träger nicht möglich. Ihre tatkräftige Unterstützung, wenn es um  
 282 Seenotrettung und die Integration von Geflüchteten geht, ist ein wichtiger  
 283 gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wollen  
 284 wir, auch weltweit, weiter stärken. Gleichzeitig wahren wir das Selbstbestimmungsrecht der  
 285 Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen unabhängigen  
 286 Religions- und Weltanschauungen, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum  
 287 säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Die besondere Beziehung zwischen Staat und

288 den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität  
289 anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert wird.  
290 Außerdem wollen wir die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der Staatsleistungen  
291 umsetzen.

## 292 **Wir erneuern das demokratische Fundament** 293 **Für eine saubere Politik**

294 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen. Grundlage sind klare Regeln und die Haltung  
295 der Menschen, die sie vertreten. Wir wollen Vertrauen ermöglichen und das Primat der Politik  
296 gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Seit Jahren drängen wir darauf, dass  
297 politische Interessensvertretung transparent, nachvollziehbar und fair ist. Bereits bei der  
298 Entstehung von Gesetzen muss sichtbar sein, wer Einfluss genommen und welche Akteur\*innen  
299 mitgewirkt haben. Dafür wollen wir mit einem gesetzlichen Lobbyregister wirkungsvoll den  
300 Einfluss organisierter Interessensgruppen und von Lobbyist\*innen bei Bundesregierung und  
301 Bundestag offenlegen. Interessenskonflikte wollen wir verhindern und Abgeordneten eine  
302 entgeltliche Lobbytätigkeit neben ihrem Mandat untersagen und die gesetzliche Regelung zur  
303 Abgeordnetenbestechung klarer fassen. Wir wollen, dass der Wechsel aus Regierungämtern in  
304 die Wirtschaft für eine Karenzzeit von zwei Jahren nach Ausscheiden auf Interessenskonflikte  
305 geprüft wird. Einkünfte von Abgeordneten aus Nebentätigkeiten sollen auf Euro und Cent  
306 veröffentlicht werden, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen von Abgeordneten  
307 braucht es striktere Regeln. Die Annahme von Direktspenden durch parteigebundene Abgeordnete  
308 sollte verboten werden. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden, deshalb  
309 wollen wir striktere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Personen  
310 beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag gedeckelt werden. Solange es keine  
311 gesetzliche Regelung gibt, wollen wir uns im politischen Wettbewerb nicht schlechterstellen  
312 als die politische Konkurrenz. Für das Parteiensponsoring wollen wir eine gesetzliche  
313 Regelung und eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro einführen. Das Parteiengesetz und die  
314 unabhängige Kontrolle werden wir stärken.

## 315 **Parlament stärken, Wahlrecht reformieren**

316 Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und  
317 Entscheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende Beratung  
318 und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des Bundestages  
319 bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu stärken.  
320 Deshalb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament kleiner macht, fair  
321 und verfassungsgemäß ist und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Die Sitzungen der  
322 Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die  
323 Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem  
324 Akteneinsichtsrecht gestärkt werden.

## 325 **Macht fair teilen, auch in den Parlamenten**

326 Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie  
327 muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege,  
328 die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Das bedeutet auch, dass es  
329 dringend mehr Frauen im Parlament braucht. Frauen sollten überall gleichberechtigt vertreten  
330 sein, wo Entscheidungen getroffen werden, die uns alle betreffen. Gleichberechtigung ist ein  
331 historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle. Dass Parität per Gesetz  
332 wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass  
333 verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten aus Bund  
334 und Ländern aufgezeigt. Wir wollen die Parität vorantreiben und entsprechende  
335 Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische Engagement zu erleichtern,  
336 braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die Gestaltung von  
337 Politik erleichtern.

## 338 **Mit 16 wählen**

339 Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger\*innen, vom Kindes- bis  
340 ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die Zukunft  
341 junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die  
342 Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und  
343 ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer.  
344 Darum werden wir uns dafür einsetzen, das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen auf 16  
345 Jahre abzusenken.

## 346 **Bürger\*innenräte für mehr Beteiligung**

347 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die Repräsentanz.  
348 Mit Bürger\*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die  
349 Alltagsexpertise von Bürger\*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Auf  
350 Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger\*innenbegehrens beraten zufällig  
351 ausgewählte Bürger\*innen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung.  
352 Sie erarbeiten Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche  
353 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und faire  
354 Beratung muss sichergestellt werden. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen  
355 auseinandersetzen. Außerdem werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in Baden-  
356 Württemberg schon erfolgreich angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der  
357 Gesetzgebung einführen und das Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen Instrument für  
358 bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess ausbauen.

## 359 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine vielfältige 360 Medienlandschaft**

361 Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir haben in  
362 Deutschland eine vielfältige Medienlandschaft aus öffentlich-rechtlichen, privaten und Non-  
363 Profit-Angeboten. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen  
364 öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle und arbeiten dafür, dass er stark und zukunftsfest  
365 aufgestellt ist. Dazu zählen auch eine ausreichende Finanzierung und ein Programmauftrag,  
366 der alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst. Aus der besonderen Stellung des öffentlich-  
367 rechtlichen Rundfunks und dem Anspruch, dass er die Lebenswelt und Interessen aller  
368 angemessen abbildet, ergeben sich auch Reformbedarfe. Hierfür wollen wir gemeinsam mit den  
369 Ländern eine Initiative auf den Weg bringen und in der Breite der Gesellschaft eine Debatte  
370 darüber führen, wie öffentlich-rechtliche Medien im 21. Jahrhundert aussehen sollen. Wir  
371 setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkräte die Vielfalt und unterschiedlichen Perspektiven  
372 unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, dass sie durchsetzungsstärker sowie sender-  
373 und staatsferner werden. Die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender wollen wir zu  
374 gemeinsamen Plattformen weiterentwickeln, die europäisch verzahnt werden können, um so die  
375 europäische Demokratie zu stärken.

## 376 **Hasskriminalität im Netz bekämpfen**

377 Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Uns  
378 geht es darum, Nutzer\*innenrechte zu stärken und dabei die Balance zwischen  
379 Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen Hasskriminalität im Netz  
380 wirksamer bekämpfen und dafür einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen  
381 sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die  
382 ambitionierte Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des europäischen Digital Services Act  
383 erreichen. Wir treten für einen effektiven Umgang mit Nutzer\*innenbeschwerden, eine  
384 Verbesserung der Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung ein. Dafür brauchen wir  
385 personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese müssen, gut  
386 geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können. Plattformbetreiber müssen  
387 ihrer großen Verantwortung gerecht werden. Sie dürfen bestehende Rechte nicht aushöhlen,

388 sind für eigene Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die Grundrechte  
389 wahren. Große Anbieter sollen sich durch eine Abgabe an den unabhängigen Beratungsangeboten  
390 für Betroffene von Hass und Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in ein Gesetz für  
391 digitalen Gewaltschutz, das die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn  
392 keine Täter\*in festgestellt wird. Für den Umgang mit Desinformation, aber auch für die  
393 Rechtskontrolle der Anbieter insgesamt wollen wir die Aufsicht national wie auch europäisch  
394 besser strukturieren, unter anderem mit einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Eine  
395 Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.

### 396 **Software für die Allgemeinheit**

397 Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt. Freie und  
398 offene Software bildet dabei eine Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es digitale  
399 Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit mit  
400 guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der Vereins- und  
401 Partearbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine  
402 entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf Offenheit,  
403 Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler\*innen an Unterstützung, diese  
404 dauerhaft auf dem neusten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich zu gestalten.  
405 Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die  
406 gesellschaftlich relevante freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft,  
407 Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung stehen.

### 408 **Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft**

409 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in  
410 unserer Demokratie. Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler\*innen in Initiativen,  
411 Verbänden, Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen  
412 auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir  
413 machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne  
414 Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz  
415 werden wir ihr Engagement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell  
416 absichern. Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher und transparenter  
417 regeln, auch in ihrem Verhältnis zu den Parteien, und dafür eine eigenständige gesetzliche  
418 Grundlage schaffen.

### 419 **Gemeinnützigkeit reformieren**

420 Alle Bürger\*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft  
421 teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen Stellen  
422 überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben, sorgen  
423 wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre gemeinnützigen  
424 Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen  
425 verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens, sondern auch  
426 die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit  
427 zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und internationalen  
428 Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes  
429 und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung wollen  
430 wir anerkennen und stärken. Auch der E-Sport soll gemeinnützig werden. Mit der Einführung  
431 einer Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen  
432 Debatten beteiligen können. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem  
433 Gemeinnützigkeitsregister und einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur  
434 Offenlegung der Spendenstruktur.

### 435 **Freiwilligendienst ausbauen und für alle ermöglichen**

436 Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken damit den  
437 Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze im

438 Jahr erweitern und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark. Die  
439 Freiwilligendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig  
440 vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Auch für Ältere und Menschen mit Behinderungen  
441 sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. Zusammen mit Ländern und  
442 Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen, beispielsweise für  
443 Schwimmbäder oder Theater, und erkennen die Leistung der vielen Engagierten mehr an.

## 444 **Wir gestalten die vielfältige Einwanderungsgesellschaft** 445 **Einbürgerung erleichtern**

446 Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und  
447 Zugehörigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten,  
448 deutsche\*r Staatsbürger\*in zu werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen  
449 Aufenthalt in Deutschland hat. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser  
450 Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren  
451 Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Den  
452 Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit  
453 anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir  
454 zurücknehmen. Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der  
455 Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden.

## 456 **Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige** 457 **Einwanderungsgesellschaft**

458 Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive  
459 Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und  
460 nicht komplizierter macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue  
461 Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch im gering- und  
462 unqualifizierten Bereich –, das transparente, unbürokratische und faire Verfahren bietet,  
463 das globale und regionale Notwendigkeiten berücksichtigt und flexibel auf die Bedarfe des  
464 Arbeitsmarktes reagiert. Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine  
465 punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Wir erleichtern die Bildungsmigration über  
466 Stipendien und Ausbildungsvisa, genauso wie die Voraussetzungen für eine unbefristete  
467 Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen.  
468 Außerdem beenden wir den automatischen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach einem  
469 sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Menschen, die sich ohne sicheren Aufenthaltstitel  
470 in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeitsmarkt integriert sind oder deren  
471 Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die Möglichkeit zum echten  
472 Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigration, wie die  
473 Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

## 474 **Integration gelingt nur mittendrin – Sprache, Zugang, Teilhabe von** 475 **Anfang an**

476 Integration ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft der erste Schritt auf dem  
477 Weg zu gleichen Teilhabechancen in zentralen Bereichen des Lebens. Sie ist ein  
478 wechselseitiger Prozess und stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch  
479 an alle, die schon länger hier leben. Für das Zusammenleben sind die Werte des Grundgesetzes  
480 die Grundlage. Wir treten dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant\*innen und  
481 Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen kostenfreien Zugang zu passgenauen und gut  
482 erreichbaren Sprach- und Integrationskursen haben. Denn derzeit ist das für viele Personen  
483 im Asylverfahren, Geduldete und EU-Bürger\*innen nur schwer und kostenpflichtig möglich.  
484 Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten Angebote an weiterführenden Sprachkursen  
485 aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelingende Integration sind die möglichst  
486 dezentrale Unterbringung, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der  
487 unterschiedslose Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas,

488 Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit. Gezielte Unterstützung ermöglicht Teilhabe und  
 489 stärkt den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen auf europäischer Ebene einen  
 490 kommunalen Integrationsfonds auflegen, um europaweit das Ankommen in den Kommunen direkt zu  
 491 unterstützen. Damit sollen unter anderem Migrationsberatungsstellen gestärkt und aufgebaut,  
 492 zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert und strukturelle Entlastungen der  
 493 Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären, in der EU gesichert  
 494 werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder Beschäftigung geben,  
 495 brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung.

#### 496 **Asylverfahren rechtssicher und transparent**

497 Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent gestaltet  
 498 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung über den Aufenthaltstitel  
 499 kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben, ob sie bleiben können oder nicht.  
 500 Eine nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der  
 501 Ankunft bis zum Abschluss des Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die verlängerte  
 502 Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf mögliche 18 Monate  
 503 rückgängig machen auf wieder 6 Monate. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang  
 504 haben. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf Zugang zu  
 505 Bildungsangeboten garantieren. Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen  
 506 Widerrufsprüfungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und optimieren  
 507 so das Asylprozessrecht. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und damit  
 508 eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten, die ein  
 509 echtes Ankommen und Teilhabe erschwert. Integrationsfeindliche gesetzliche Regelungen wie  
 510 Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Die in den vergangenen Jahren  
 511 vorgenommenen Aushöhlungen des Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Die Ausrufung „sicherer“  
 512 Herkunfts- oder Drittstaaten lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene.

#### 513 **Raus aus der Duldung**

514 Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele Jahre  
 515 in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil sie nur  
 516 geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche  
 517 Zusammenleben gut. Nicht zu wissen, ob Deutschland wirklich Heimat wird, erschwert die  
 518 Integration massiv. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung  
 519 hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen braucht es nach  
 520 fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und Familien  
 521 mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen. Durch  
 522 die Umwandlung der Ausbildungsduldung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen wir den  
 523 Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für die  
 524 Betriebe für Planungssicherheit. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und  
 525 aufenthaltsrechtlichen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Asyl  
 526 bekommen und in ihrem Herkunftsland nicht gefährdet sind, müssen zügig wieder ausreisen. Wir  
 527 wollen dies durch schnelle und wirksame Unterstützung und Beratung erleichtern.  
 528 Abschiebungen, zum Beispiel über Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel, wenn die  
 529 Rückkehr verweigert wird, freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Abschiebungen in  
 530 Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan  
 531 wieder einsetzen.

#### 532 **Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und** 533 **Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus** 534 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

535 Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit.  
 536 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und  
 537 auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die

538 Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer, die  
539 für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht  
540 geteilt werden. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Mit einem Gender-  
541 Check wollen wir prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der  
542 Geschlechter voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die  
543 neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven Institution  
544 ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und  
545 wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik  
546 und Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür leisten die Sozialwissenschaften und die  
547 Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag. Wir brauchen eine Gleichberechtigungsstrategie,  
548 die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die  
549 Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung,  
550 in der Frauen und Männer gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

### 551 **Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen**

552 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine  
553 gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich  
554 wird oft verharmlost, sowohl in der medialen Darstellung als auch in der Rechtsprechung. Mit  
555 der Istanbul-Konvention haben wir ein Instrument an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen  
556 beschreibt. Dazu gehört auch eine Reform der Kriminalstatistik, damit das ganze Ausmaß der  
557 in Deutschland verübten Verbrechen, die aus Frauenhass begangen werden, differenziert  
558 erfasst wird und diese Taten systematisch als Hassverbrechen eingestuft werden.  
559 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns  
560 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Polizei  
561 und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend geschult und  
562 sensibilisiert sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen eine qualifizierte  
563 Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Wir werden  
564 Monitoringstellen einrichten und die getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit  
565 prüfen.

### 566 **Frauenhäuser absichern**

567 Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des Staates,  
568 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei eine  
569 Schlüsselrolle zu. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder, braucht  
570 eine Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status, ihrer  
571 Wohnsituation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen  
572 Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine  
573 Geldleistung des Bundes Betroffene ab und verbessern den Zugang zu Schutzeinrichtungen und  
574 deren Angeboten für alle Frauen. Länder und Kommunen müssen weiterhin ihrerseits ihrer  
575 Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die Aufenthaltszeit in einem Frauenhaus sollen  
576 Betroffene, die Sozialleistungen erhalten, nicht schlechtergestellt werden. Wir brauchen  
577 Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn sie älter sind, mit aufgenommen werden können.  
578 Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere auch für  
579 queere, trans- und intergeschlechtliche Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden.

### 580 **Vor Zwang schützen**

581 Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Dazu sollen  
582 Prostitutionstätten strenger kontrolliert werden und in Zukunft einer Erlaubnispflicht  
583 unterliegen. Außerdem wollen wir Beratungsangebote ausbauen und finanziell unterstützen.  
584 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir  
585 mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen,  
586 Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden. Opfer von  
587 Menschenhandel einfach abzuschieben ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und

588 Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung der  
589 Täter\*innen würde erleichtert. Zwangsverheiratungen sind Menschenrechtsverletzungen. Frauen  
590 und Männer, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung durch  
591 verlässlich finanzierte Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine massive  
592 Verletzung der körperlichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen helfen  
593 und sie schützen, auch durch internationale Aufklärungs- und Hilfskampagnen. Doch auch in  
594 Deutschland brauchen wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die  
595 sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir besser unterstützen, die Kontaktpersonen der  
596 Mädchen sowie pädagogisches Personal und Jugendämter sollen geschult und sensibilisiert  
597 werden.

### 598 **Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung**

599 Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben  
600 entscheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und  
601 umfassender Informationen zum Schwangerschaftsabbruch sind dafür notwendig. Die  
602 Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, gehört mit zu den  
603 schwersten im Leben. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass diese Frauen gut beraten und  
604 medizinisch professionell versorgt werden. Wir streiten für eine ausreichende und  
605 wohnortnahe Versorgung mit Ärzt\*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche  
606 vornehmen. Das Thema muss in die Ausbildung von Ärzt\*innen nach international anerkannten  
607 Standards integriert werden. Familienplanungs- und Beratungsstellen werden wir absichern und  
608 die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft zu  
609 gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von  
610 selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme. Frauen, die sich für einen  
611 Abbruch entscheiden, und Ärzt\*innen, die einen solchen ausführen, müssen etwa durch die  
612 Einrichtung von Schutzzonen vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen geschützt werden.  
613 Ungewollt Schwangere brauchen den bestmöglichen Zugang zu Informationen. Um diesen zu  
614 gewährleisten und Ärzt\*innen zu schützen, gilt es den § 219 a aus dem Strafgesetzbuch zu  
615 streichen. Die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung müssen für  
616 Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen übernommen werden.

### 617 **Homo- und Transfeindlichkeit bekämpfen**

618 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Inter\*- und queere Menschen (LSBTIQ\*) sollen  
619 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche  
620 Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes  
621 Signal setzen und den Begriff „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes  
622 ergänzen. Wir werden einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“  
623 für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ\*  
624 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren und Vielfalt und  
625 Akzeptanz zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ\*-inklusive  
626 Gesellschaftspolitik sowie eine langfristige Strukturförderung der LSBTIQ\*-Verbände. Gegen  
627 LSBTIQ\* gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Das diskriminierende  
628 Blutspendeverbot für homosexuelle Männer wollen wir aufheben. Um queere Jugendliche zu  
629 schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne für junge  
630 Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten  
631 informieren und bezüglich Homo- und Transphobie sensibilisieren. Wir werden uns gemeinsam  
632 mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche Vielfalt und Diversität in den  
633 Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden.

### 634 **Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz aufheben**

635 Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte  
636 Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung der Geschlechtsangabe auf Antrag  
637 der betroffenen Person werden wir ermöglichen und das Offenbarungsverbot konkretisieren. Wir

638 schreiben fest, dass nicht notwendige Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlichen  
639 Kindern verboten werden. Bei Gesundheitsleistungen sowie geschlechtsangleichenden  
640 Operationen und Hormontherapien muss das Selbstbestimmungsrecht gesichert sein. Den Anspruch  
641 auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir gesetzlich verankern und dafür  
642 sorgen, dass die Kostenübernahme durch das Gesundheitssystem gewährleistet wird.

## 643 **Wir stärken Sicherheit und Bürger\*innenrechte**

### 644 **Eine gut ausgestattete und bürger\*innennahe Polizei**

645 Deutschland ist ein sicheres Land. Das liegt auch an einer gut arbeitenden Polizei. Wir  
646 wollen, dass das so bleibt. Dennoch: Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten, Hassverbrechen oder  
647 organisierte Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen schwer. Für ihre Aufgaben wie  
648 Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt und  
649 auf dem Land, analog und digital. Den früheren Personalabbau bei Bundespolizei und  
650 Bundeskriminalamt wollen wir durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben.  
651 Die Polizist\*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und  
652 leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden. Sichere und leistungsfähige  
653 Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT, ist dabei eine Grundvoraussetzung moderner  
654 Polizeiarbeit, die wir unterstützen wollen.

### 655 **Die besondere Verantwortung der Polizei**

656 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss  
657 überall gleichermaßen garantiert sein. Damit die Polizei dieser Aufgabe nachkommen kann,  
658 muss sie auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als ausführendes Organ des  
659 staatlichen Gewaltmonopols hat die Polizei dabei eine ganz besondere Verantwortung. Dem  
660 dient die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Bundespolizei sowie einer/eines  
661 Bundespolizeibeauftragten, an die/den sich sowohl Polizist\*innen wie auch Bürger\*innen  
662 wenden können, um in der Polizeiarbeit auftretende Missstände zu bearbeiten. Polizist\*innen  
663 sollten sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen. Wichtige  
664 Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit psychisch Kranken sowie  
665 Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling. Längst überfällig sind  
666 wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsorganen.  
667 Rationale Sicherheitspolitik setzt eine solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten voraus.  
668 Deshalb werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen Aussagekraft  
669 sich in der Vergangenheit bewährt hat.

### 670 **Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte Kriminalität 671 verfolgen**

672 Zahlreiche Straftaten wie Einbrüche oder Diebstähle finden grenzüberschreitend statt. Auch  
673 die organisierte Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke machen  
674 nicht an Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger\*innen und zur Verteidigung unserer  
675 Freiheit brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und  
676 Justiz: durch gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem  
677 Europäischen Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der  
678 Mitgliedstaaten, auch mit Hilfe von Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft. Wegen  
679 der zunehmenden Vernetzung von europäischen Datenbanken sind hohe Datenschutzstandards und  
680 eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes unabdingbar. Diese Zusammenarbeit  
681 braucht eine unabhängige Justiz und faire Strafverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten.

### 682 **Verfassungsschutz neu ordnen**

683 Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, als er sich auf dem  
684 rechten Auge blind zeigte. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen personellen  
685 Neuanfang, zu beobachten, nun muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem die  
686 Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Die in Wissenschaft und  
687 Zivilgesellschaft schon heute vorhandene Expertise über verfassungsfeindliche Bestrebungen

688 muss systematischer genutzt werden. Wir wollen den Verfassungsschutz deshalb strukturell neu  
689 aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich und unter Einbeziehung der  
690 Zivilgesellschaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung.  
691 Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr, das  
692 mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen  
693 Aufgaben arbeitet.

### 694 **Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen**

695 Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist\*innen in Deutschland, die sich immer stärker  
696 vernetzen. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der  
697 Sicherheitsbehörden – muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht es ein  
698 Bündel aus Prävention, Schutz- und Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit vernetzte  
699 Präventionsstrategie wollen wir die Präventionsarbeit massiv ausbauen. Die  
700 zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus soll strukturell und langfristig durch  
701 ein Demokratiefördergesetz gefördert werden. Wir werden unabhängige wissenschaftliche  
702 Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen Sicherheitsbehörden  
703 initiieren, Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. Die Mordserie des  
704 rechtsterroristischen NSU sowie andere rassistische und rechtsextremistische Terrorakte in  
705 Deutschland sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir nach dem  
706 Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein NSU-Archiv ein, in dem auch die Ergebnisse der 13  
707 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ausgewertet werden und langfristig für  
708 Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen und die Zivilgesellschaft zugänglich sind.

### 709 **Vor Terrorismus schützen**

710 Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere durch  
711 Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist\*innen und Islamist\*innen ist die innere  
712 Sicherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und die  
713 Menschen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch Prävention, bessere  
714 Vernetzung der Sicherheitsbehörden und eine konsequente Überwachung von sogenannten  
715 Gefährder\*innen. Dazu braucht es eine europäisch abgestimmte Definition des  
716 Gefährderbegriffs. Gefährder\*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel ist, dass  
717 gegenüber Gefährder\*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende Verfahren  
718 über Ländergrenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und Kommunikation zwischen  
719 den Sicherheitsbehörden auch über Ländergrenzen muss reformiert werden, wozu die Schaffung  
720 rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört. Aussteigerprogramme  
721 für Menschen aus rechtsextremistischen und islamistischen Szene werden wir ausbauen. Es  
722 braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes Präventions- und  
723 Deradikalisierungsnetzwerk analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich bereits  
724 besser als die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben. Prävention und  
725 Deradikalisierung in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren, werden  
726 wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt verfolgen.  
727 Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.

### 728 **Schutz für Whistleblower**

729 Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-Nutzerdaten  
730 – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die Hinweise aus  
731 den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände bis hin zu kriminellen  
732 Aktivitäten in Unternehmen und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie ans Licht bringen.  
733 Diese „Whistleblower“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repressalien und  
734 gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt werden. Das  
735 werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-Whistleblower-Richtlinie  
736 ambitioniert und umfassend in nationales Recht umsetzt, erreichen. Darin festgeschrieben  
737 sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein Entschädigungsfonds, mit dem das persönliche

738 Risiko minimiert wird. Die Furcht vor einem ökonomischen und persönlichen Schaden als  
739 Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so abgebaut und potenzielle Hinweisgeber\*innen sollen  
740 ermutigt werden.

### 741 **Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren**

742 Ein starker, demokratischer Rechtsstaat kann gleichzeitig Sicherheit gewährleisten und  
743 Freiheit bewahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die  
744 konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt, statt die Bevölkerung mit  
745 pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Zukünftige Sicherheitsgesetze  
746 müssen auf valider Empirie beruhen und verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend beachten.  
747 Statt pauschaler, anlassloser Vorratsdatenspeicherung und genereller Backdoors für  
748 Sicherheitsbehörden oder Staatstrojaner für Geheimdienste wollen wir es der Polizei  
749 ermöglichen, technische Geräte anhand einer rechtsstaatlich ausgestalteten Quellen-TKÜ  
750 zielgerichtet zu infiltrieren. Zudem soll eine Meldepflicht für Sicherheitslücken eingeführt  
751 werden.

### 752 **Wir garantieren den Rechtsstaat und stärken den 753 Verbraucherschutz**

#### 754 **Konsequent gegen Korruption**

755 Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind  
756 Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für  
757 Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen Großteil der  
758 polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir  
759 Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits  
760 verstreut bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen  
761 Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass  
762 Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht geahndet  
763 werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden können.  
764 Die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir verstärken.  
765 Sanktionen müssen gemäß den EU-Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend sein, zum  
766 Beispiel indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf. Den  
767 Sanktionskatalog wollen wir um weitere Maßnahmen wie den Ausschluss von der Vergabe  
768 öffentlicher Aufträge, die Schadenswiedergutmachung sowie verpflichtende Vorkehrungen für  
769 Unternehmen zur Verhinderung von Straftaten erweitern und ein öffentliches Sanktionsregister  
770 einführen.

#### 771 **Rechtsschutz für jeden, Sammelklagen einführen**

772 Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen  
773 können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die Sammelklage  
774 (Gruppenklage) ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden  
775 effektiv zu ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die bisher  
776 eingeführten kollektiven Klageverfahren wie die Musterfeststellungsklage, die nur  
777 Verbraucher\*innen zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz sind unzureichend.  
778 Die immer beliebtere Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen stellt andererseits  
779 eine Belastung für die Justiz dar, da alle Fälle einzeln entschieden werden. Den kollektiven  
780 Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die  
781 Zivilprozessordnung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im Rahmen einer  
782 Gruppenklage ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die  
783 Zugangsschranken gesenkt und die Verfahren vereinfacht werden. Die Verbandsklage-Richtlinie  
784 der EU setzen wir zügig in nationales Recht um.

#### 785 **Kinderschutz vor Gericht verbessern**

786 In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche  
787 Auswirkungen auf das weitere Leben von Kindern und ihre Familien haben können. Es gilt den

788 Kinderschutz vor Gericht zu stärken. Wir machen einerseits die Fortbildungen für  
789 Familienrichter\*innen verbindlich und werden diese andererseits bei ihrem Arbeitspensum  
790 berücksichtigen. Auch in Kindschaftssachen wollen wir die Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum  
791 Bundesgerichtshof herstellen. In Strafverfahren wollen wir die Opferrechte von Kindern  
792 weiter stärken. Mehrfache Vernehmungen müssen vermieden und die Befragungen kindgerecht  
793 ausgestaltet sein. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss konsequent aufgeklärt und verfolgt  
794 werden, vor allem durch mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes –  
795 Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

### 796 **Online-Kündigung mit nur einem Klick**

797 Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, während man für die Kündigung häufig  
798 zu Telefon oder Briefbogen greifen muss. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische  
799 Vertragsverlängerungen um ein Jahr sind alles andere als verbraucherfreundlich. Wir wollen  
800 Verbraucher\*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-Kündigung so  
801 einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch  
802 einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für Online-/E-  
803 Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen verkürzt werden  
804 – zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale  
805 Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende  
806 Vertragsverlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen.

### 807 **Ein Recht auf Reparatur**

808 Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit auf dem  
809 Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Software-Updates mehr  
810 angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher\*innen, es verschwendet wertvolle Ressourcen und  
811 verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und Langlebigkeit.  
812 Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die  
813 Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so gestaltet  
814 sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Durch die  
815 Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre und eine Angabe der vom Hersteller  
816 vorgesehenen Lebensdauer wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer  
817 gebaut werden. So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und uns  
818 gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren.

### 819 **Finanzberatung im Interesse der Kund\*innen**

820 Häufig werden Kund\*innen Finanzprodukte angedreht, die für sie zu teuer, zu riskant oder  
821 schlicht ungeeignet sind. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken und  
822 Versicherungen, aber schlecht für die Kund\*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom Kopf auf  
823 die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für  
824 Finanzberater\*innen. Alle Vermittler\*innen und Berater\*innen sollen künftig von der BaFin  
825 beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu einer  
826 unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung,  
827 die Finanzberater\*innen stärkt und unabhängiger macht. Die Finanzaufsicht soll von der  
828 Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen und irreführenden Finanzprodukten zu untersagen,  
829 stärker als bisher Gebrauch machen. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren für das Basiskonto  
830 werden wir begrenzen.

### 831 **Wir fördern die Kultur, die Künste und den Sport**

#### 832 **Krisenfeste Strukturen für die Kultur**

833 Kultur ist frei und muss keinen Zweck erfüllen. Sie ist gleichzeitig von zentraler Bedeutung  
834 für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Persönlichkeitsbildung  
835 der Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren  
836 monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und  
837 Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge werden.

838 Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunalfinanzen als eine wichtige  
839 Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren, mehr Kooperationen  
840 zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen und -  
841 projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung  
842 und Abriss einrichten, der Kulturorte langfristig absichert. Die öffentliche Kulturförderung  
843 soll künftig partizipativ, geschlechtergerecht, abgestimmt und nach transparenten Kriterien  
844 angelegt sein.

### 845 **Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

846 Die Corona-Krise zeigt, unter welch prekären Bedingungen viele Kultur- und Medienschaffende  
847 arbeiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die Freiräume  
848 bietet und künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Kulturschaffende sollen für die  
849 Zeit der Corona-Krise mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden. Die  
850 Künstlersozialkasse (KSK) muss finanziell gestärkt, Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft  
851 in der KSK geschaffen und die freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der  
852 Arbeitslosenversicherung vereinfacht werden. Bei kulturellen Werken muss für Urheber\*innen  
853 eine angemessene Vergütung sichergestellt werden. Eine angemessene Beteiligung insbesondere  
854 an den Gewinnen der Vertriebsplattformen sorgt dafür, dass Kultur- und Medienschaffende  
855 weiter an ihren Werken verdienen können.

### 856 **Kultur in der Gesellschaft**

857 Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die  
858 Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die Gesellschaft in  
859 ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen öffnen  
860 und stärken, damit jede\*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen und  
861 gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür abgebaut  
862 werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler\*innen in staatlichen Museen oder  
863 durch die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken. Wir wollen gerade solche  
864 Kulturangebote kontinuierlich und flächendeckend fördern, die die Situation und die  
865 Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale  
866 Zukunftsaufgabe verstehen. In ländlichen Regionen, aber auch in urbanen Zentren sollen  
867 Kultureinrichtungen Knotenpunkte von Begegnungen und zu sogenannten „Dritten Orten“ werden,  
868 die auch Menschen einen Zugang zu Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig profitieren.  
869 Bei der Besetzung von Intendanzen, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten  
870 Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys  
871 wollen wir eine Quotenregelung einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten.  
872 Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der vielfältigen Gesellschaft geachtet werden.  
873 Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und Teilhabe müssen fester Bestandteil der Ausbildung  
874 zu Kulturberufen sein.

### 875 **Den Kulturbetrieb ökologischer machen**

876 Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der  
877 Klimakrise spielen. Auch gibt es viele Initiativen und Akteur\*innen, die mit viel Einsatz  
878 versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch auszurichten.  
879 Wir werden das ökologische Engagement im Kulturbetrieb nachhaltig unterstützen. Dafür werden  
880 wir einen „Green Culture Fonds“ als Förderinstrument einrichten. Antragsberechtigt sind  
881 öffentlich geförderte Einrichtungen und Projekte sowie private Akteur\*innen der Kultur- und  
882 Kreativwirtschaft und der freien Szene. Auch beim Film sollen Förderinstitutionen und -  
883 maßnahmen künftig klare Anreize für eine nachhaltige Produktion schaffen. Doch auch gerade  
884 Künstler\*innen geben neben Wissenschaftler\*innen und Akteur\*innen der Zivilgesellschaft  
885 Impulse für die nachhaltige Transformation.

### 886 **Erinnerungskultur stärken und öffnen**

887 Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum Zusammenhalt bei und

888 ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch immer gibt  
889 es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechensgeschichte. Der  
890 Nationalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet und bisher wenig beachtete  
891 Opfergruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-Opfer  
892 sollen durch eine angemessene Entschädigung anerkannt werden. Die finanzielle Förderung von  
893 Forschungsarbeiten, die Weiterentwicklung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit  
894 der Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und Rückgabe von NS-Raubkunst stehen dabei  
895 im Mittelpunkt. Auch die DDR-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und der  
896 politischen Bildungsarbeit an den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-  
897 Unterlagen weiter aufgearbeitet werden. Wir werden die Kontinuitäten des Kolonialismus ins  
898 Bewusstsein rücken durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte und so eine breite  
899 gesellschaftliche Debatte über unser koloniales Erbe fördern, die sich nicht allein auf die  
900 Rückgabe von Kulturgütern beschränkt, sondern eine antirassistische Perspektive auf  
901 Geschichte und Gesellschaft ermöglicht. Gleichzeitig muss sich die deutsche  
902 Erinnerungskultur für die Erfahrungen und Geschichten der Menschen öffnen, die nach  
903 Deutschland eingewandert sind, und das Gedenkstättenkonzept entsprechend weiterentwickelt  
904 werden.

### 905 **Ein Entwicklungsplan für den Sport**

906 Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen  
907 Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz, Integration,  
908 Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit übernimmt der  
909 Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies werden wir  
910 fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen Ideen und Energien bündeln und  
911 zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen und der Wissenschaft einen  
912 Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen – ähnlich dem Goldenen Plan aus den 1960ern.  
913 Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf strukturschwachen Regionen, gerade in  
914 Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen Ost und West ist beim Breitensport auch  
915 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein Problem. Ausreichend vorhandene und  
916 barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen in Städten und ländlichen Räumen zur  
917 Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der  
918 Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden saniert werden.  
919 Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn unser Anspruch ist, dass jedes Kind  
920 schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem Bundesprogramm zur Sanierung und  
921 Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen. Sportgroßveranstaltungen sollen klimaneutral,  
922 sozial und nachhaltig ermöglicht werden, so dass sie auch einen bleibenden  
923 Infrastrukturgewinn für die Bürger\*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine bundesweit  
924 einheitliche und föderal abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an  
925 Bürger\*innenbeteiligung Teil der Planung ist.

### 926 **Spitzensport braucht Breitensport**

927 Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Spitzen- und Profisport muss es um die  
928 bestmögliche Förderung von Talenten gehen, nicht um den größten Gewinn für Funktionär\*innen.  
929 Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und Perspektiven für  
930 Leistungssportler\*innen in den Mittelpunkt stellen. Bei der Doping-Prävention und im Anti-  
931 Doping-Kampf stärken wir die NADA, und auf internationaler Ebene setzen wir uns für eine  
932 Athlet\*innenvertretung bei der WADA ein sowie dafür, dass diese künftig unabhängig vom IOC  
933 finanziert wird. Auch Korruptionsskandale auf höchster Ebene der Sportfunktionär\*innen sowie  
934 die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Spitzensport. Gerade beim Fußball gilt es den  
935 Sport den Fans zurückzugeben. Deswegen sollen Transparenz und Good Governance auch im Sport  
936 vorangetrieben werden. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener  
937 Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem finanziell starken Bundesprogramm vor,  
938 das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Wir schützen die Bürger\*innenrechte von Fans

939 und diese vor ausufernden Datensammlungen und Kollektivstrafen.

## 940 **Wir bauen Europa weiter** 941 **Die Zukunft der EU gestalten**

942 Wir sehen Deutschland in einer zentralen Verantwortung für den Zusammenhalt und die  
943 Fortentwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls verwaltet, oftmals  
944 gebremst. Wir wollen die Europapolitik wieder aktiv gestalten – mit klarem Wertekompass,  
945 entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im Zusammenspiel mit unseren  
946 europäischen Partner\*innen. Unser Ziel ist eine EU, die zusammenhält und voranschreitet. In  
947 manchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran, aber die  
948 verstärkte Zusammenarbeit muss stets im Rahmen der Verträge und im Bestreben, dass sich  
949 letztlich alle anschließen, erfolgen. In den kommenden zwei Jahren bietet die „Konferenz zur  
950 Zukunft der EU“ eine große Chance, gemeinschaftlich mit den Bürger\*innen Reformen der EU zu  
951 entwickeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration auf dem  
952 Weg zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die großen  
953 Herausforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der  
954 europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

## 955 **Europäisches Parlament stärken**

956 Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen  
957 Institutionen. Unser Ziel ist, die europäische parlamentarische Demokratie zu stärken: mit  
958 einem Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, ein  
959 vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes Haushaltsrecht erhält. Es  
960 soll die Kommission auf Vorschlag des Kommissions-Präsidenten bzw. der Kommissions-  
961 Präsidentin wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können. Für die  
962 Wahlen zum Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger\*innen mit ihrer  
963 Stimme für einen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch die/den  
964 nächste\*n Präsident\*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll zukünftig  
965 nicht mehr über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über wirklich  
966 europäische, transnationale Listen.

## 967 **Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht**

968 Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der Zivilgesellschaften. Deshalb  
969 setzen wir uns für ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein  
970 europäischer Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und Auflösung  
971 würde europäische Vereine dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür entziehen.  
972 Zudem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der  
973 Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger\*innen auch eine Reform der  
974 Verträge oder die Einberufung eines Bürger\*innenrates fordern können. Ist eine  
975 Bürgerinitiative erfolgreich, sollte spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf  
976 Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten ein Gesetzesvorschlag folgen und im Europaparlament  
977 eine Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative stattfinden.

## 978 **Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen**

979 Europa braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den heutigen Herausforderungen  
980 voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen wie der Außen- und  
981 Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem können wir uns  
982 nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische Gemeinwohl  
983 ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle etwa für mehr Steuergerechtigkeit oder  
984 mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt übernehmen können. Darum  
985 setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch im  
986 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung des  
987 Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren

988 Erweiterungsrounden der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser langfristiges Ziel ist  
989 es, die europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln.

### 990 **Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen**

991 Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der Bürger\*innen in  
992 Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in Brüssel  
993 eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen eine  
994 öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen ihre  
995 aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. Auch den Zugang zu EU-  
996 Dokumenten wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei  
997 Interessensvertreter\*innen bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere  
998 Schritte gehen – mit einem verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen, strikteren  
999 Karenzzeiten beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen  
1000 Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird, kontrolliert  
1001 durch eine unabhängige Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

### 1002 **Europäische Grundrechte einklagbar machen**

1003 Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-Grundrechtecharta  
1004 langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-Bürger\*innen in  
1005 ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und  
1006 Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer  
1007 Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen  
1008 konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der Nichtauszahlung von  
1009 Subventionen folgen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen sollen dann  
1010 direkt von der EU gefördert werden. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit  
1011 braucht es substanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen  
1012 Staatsanwaltschaft anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen.

### 1013 **Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa**

1014 Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche Orte, an denen seine Bürger\*innen  
1015 zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren, sich zu unterhalten und  
1016 politisch zu diskutieren. Wenn überhaupt, kommen dafür bislang nur kommerziell betriebene,  
1017 digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine  
1018 europäische, digitale Plattform in öffentlicher Hand ein. Sie bündelt europaweit qualitativ  
1019 hochwertige Inhalte – werbefrei, offen und multilingual. Unter hohen Datenschutzstandards  
1020 soll sie darüber hinaus als Kommunikationsplattform dienen. Die Grundlage bildet ein  
1021 öffentlich-rechtlicher Auftrag, sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen  
1022 Rundfunkanstalten und frei von politischer Einflussnahme.

### 1023 **Europa der Kommunen und Regionen**

1024 Eine demokratische, vielfältige und bürger\*innennahe EU lebt von der Stärke der Kommunen und  
1025 Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll Europa da unterstützen, wo Kommunen an ihre  
1026 Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln des  
1027 Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In EU-  
1028 Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für öffentliche  
1029 und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir  
1030 Städtepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit  
1031 ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität  
1032 fördern. Kommunen und Regionen brauchen mehr Mitsprache auf europäischer Ebene, unter  
1033 anderem über einen gestärkten Ausschuss der Regionen. Bei Gestaltung und Vergabe von  
1034 Förderprogrammen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip.